

US-Zollurteil: Rechtmäßigkeit bricht, Unsicherheit bleibt

Nr. 257, 23. Februar 2026

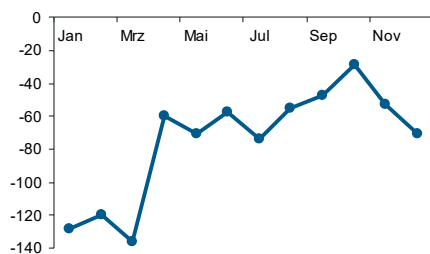
Autor: Dr. Stephan Bales, Tel. 069 7431-99048, stephan.bales@kfw.de

Endstation Supreme Court

Das Urteil des Supreme Court vom 20. Februar 2026, die meisten der verhängten US-Zölle für rechtswidrig zu erklären, hat Präsident Trump verfassungsrechtliche Grenzen aufgezeigt. Trotz der juristischen Niederlage hält Trump an seinem Kurs fest: Unmittelbar nach dem Urteil verkündete er einen neuen 10-prozentigen Globalzoll (der nachträglich auf 15 % angehoben wurde) auf Basis von Sektion 122 des Handelsgesetzes von 1974.¹ Sein rasches Handeln zeigt, dass die Regierung unbeirrt an ihrer Zollpolitik festhalten will, auch wenn das Handelsdefizit unverändert hoch bleibt. Trotz massiver Importabgaben zeigen aktuelle Daten, dass sich das Handelsdefizit zuletzt wieder deutlich ausgeweitet hat (siehe Grafik 1). Hinzu kommt die zunehmende Ablehnung der Amerikaner gegenüber Trumps Zollpolitik: Laut einer aktuellen ABC News/Ipsos-Umfrage vom 22. Februar 2026 lehnen 64 % der Bürger seine Zollpolitik ab.²

Grafik 1: US-Handelsbilanz 2025

Monatliches Defizit in Mrd. USD.



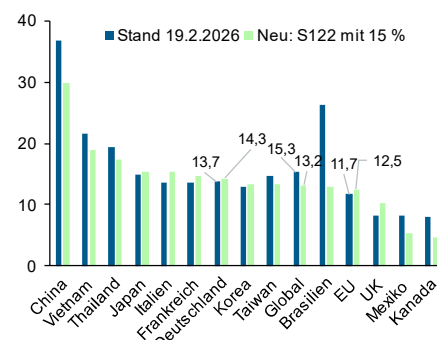
Quelle: U.S. Bureau of Economic Analysis.

Durch die Einstufung der „Liberation Day“-Zölle als rechtswidrig steht die US-Regierung zudem vor potenziellen Rückforderungen in Höhe von 175 Mrd. USD. Geklagt hatten neben dem Importeur

VOS Selections auch Konzerne wie Toyota und Goodyear sowie zwölf US-Bundesstaaten. Dennoch bleibt eine tatsächliche Rückzahlung unwahrscheinlich, da die Regierung die Verfahren vor dem Court of International Trade jahrelang blockieren könnte. Die Marktreaktion auf das Urteil fiel uneinheitlich aus. Während die Aktienmärkte zunächst positiv auf die Aufhebung der alten Zölle reagierten, führten die Neuankündigungen zu einer Flucht in sichere Häfen, was den US-Dollar kurzzeitig unter Druck setzte und die Renditen für Staatsanleihen aufgrund der drohenden Haushaltslöcher steigen ließ.

Grafik 2: Effektive US-Zollhöhe

Vor und nach der Entscheidung des Supreme Court



Quelle: Global Trade Alert³

Folgen für Europa

Die Europäische Union wird die Ratifizierung des Handelsabkommens mit den USA voraussichtlich vorerst aussetzen. Medienberichten zufolge fordert die EU zunächst detaillierte Informationen über die Ausgestaltung des neuen US-Zollprogramms, bevor weitere formale Schritte unternommen werden.⁴ Ungeachtet dieser diplomatischen Spannungen dürften die unmittelbaren ökonomischen Folgen für Deutschland moderat bleiben. Laut Global Trade Alert würde der effektive

Zollsatz von 13,7 auf 14,3 % steigen. Problematischer ist jedoch die erneute Unsicherheit, da das „Regieren per 150-Tage-Frist“ eine verlässliche langfristige Handelspolitik unmöglich macht. Allerdings schwächt dies vermutlich die US-Position in kommenden Verhandlungen, da Trump nicht mehr vollkommen frei über Zölle bestimmen kann.

Gift für die Planungssicherheit

Während die US-Administration das Ziel verfolgt, durch die „America First“-Strategie mehr ausländisches Kapital anzuziehen, bewirkt die extreme Rechtsunsicherheit das Gegenteil. Milliarden schwere Investitionsprojekte benötigen Planungssicherheit über viele Jahre; eine Handelspolitik mit einer Halbwertszeit von nur wenigen Monaten macht seriöse Kalkulationen jedoch unmöglich. Infolgedessen drohen wichtige Projekte gestoppt oder in andere Länder umgelenkt zu werden.

Gewinner des Zoll-Urteils

Wie Grafik 2 ebenfalls veranschaulicht, gehören besonders China und Brasilien zu den Gewinnern des Urteils. Diese Länder profitieren davon, dass sie nun deutlich geringere Abgaben leisten müssen, ohne selbst Zugeständnisse gemacht zu haben. So sinkt – zumindest für den Moment – der effektive Zollsatz für chinesische Waren von 36,8 auf 29,7 %. Die Zölle auf Basis „nationaler Sicherheit“ (wie auf Stahl und Aluminium) sind vom Urteil jedoch unberührt. Hier behält Trump die volle Kontrolle und könnte diese Sektorzölle perspektivisch als neues Druckmittel oder Vergeltungsmaßnahme deutlich anheben. Ein Ende des Zollkonflikts ist dahingehend kaum in Sicht.

¹ Fact Sheet: President Donald J. Trump Imposes a Temporary Import Duty to Address Fundamental International Payment Problems – The White House

² <https://www.ipsos.com/en-us/ABC-News-Washington-Post-Ipsos-Poll-February-2026>

³ <https://globaltradealert.org/reports/S122-US-Tariff-Estimates>

⁴ Liveblog USA unter Trump: EU will Handelsabkommen mit den USA aussetzen | FAZ